

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Tannen“

Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Für teleph. erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr. Rabatt nach Tarif, der jedoch bei gerichtl. Eintreib. od. Konturten häufiger wird. Erfüllungsort: Nagold. Gerichtsstand Nagold. Anzeigenpreis: Die einspaltige Zeile oder deren Raum 15 Pfg., die Reklamezeile 45 Pfg.

Bezugspreis: Monatl. durch Post 1.56 M., durch Agent. 1.40 M., die Einzelnummer kostet 10 Pfg. Bei Nichterscheinen der Zeitung infolge höh. Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung / Postfach-Konto Stuttgart 5780 / Telegr.-Adr.: „Tannenblatt“ / Telef. 11.

Nummer 6

Altensteig, Samstag den 9. Januar 1932

55. Jahrgang

Mitteilungen über die Reparationsregelung

London, 8. Jan. Der diplomatische Korrespondent der „Financial News“ schreibt: Innewechnlich auf unterrichteten Kreisen wird folgende Reparationsregelung als möglich bezeichnet: Die Lausanne Konferenz werde ein zweijähriges Moratorium nach dem Vorschlag beschließen. Die ungeschützten Annullitäten sollen Deutschland zurückgelassen werden. Dann werde sich die Konferenz die zum Fall vertragen, wo eine inzwischen von Ausschüssen vorbereitete entgeltliche Regelung versucht werden solle, die von einer entsprechenden Neuregelung der Schuldenvereinbarungen mit Amerika abhängig sein würde. Man hoffe, daß die Vereinten Staaten ihre Haltung ändern würden, wenn alle Parteien Opferbereitschaft zeigten.

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ hört, daß die Idee, die Lausanne Konferenz sollte praktische Pläne bis nach den französischen Wahlen aufstellen, von dem Kabinettsausschuss für Reparationen ebenso wenig gebilligt werde, wie der andere Vorschlag eines „elastischen“ Moratoriums. Man sei der Meinung, in beiden Fällen werde nicht genügend Rücksicht auf gewisse politische und psychologische Faktoren genommen.

Briand ist zurückgetreten

Paris, 8. Januar. Wie die Agentur Havas mitteilt, hat Briand heute abend den Ministerpräsidenten in Kenntnis gesetzt, daß er infolge seines schonungsbedürftigen Gesundheitszustandes sein Ministerportefeuille als Außenminister zur Verfügung stellen müsse.

Laval befindet sich in einer sehr heiklen Situation. Er ist noch Ministerpräsident, aber seine Mehrheit besteht nicht mehr. Briands Anhänger, die auf dem linken Flügel der früheren Mehrheit stehenden 62 gemäßigten Republikaner, wollen nicht mehr mitmachen. Ihre Neigung, sich mit den Radikalen zu verständigen und ein Wahlkartell abzuschließen, hat sich bereits vor den Kammerferien deutlich befunden. Heute steht ihr Beschluß fest. Sie rufen von Laval ab und erklären, daß Briands Ausscheiden eine Umgruppierung der Mehrheit notwendig erscheinen läßt.

Laval ist heute mit Herriot in Besprechungen eingetreten. Die Aussichten auf eine Annäherung stehen indes sehr schlecht. Bei den linksstehenden Gruppen aus vorwiegend wahlpolitischen Gründen, da sie ein Zusammengehen mit dem Zentrum nicht für zweckmäßig erachten. Zudem befinden sich die Radikalen gegenwärtig in einer angenehmen Lage, durch die führenden Bankkreise begünstigt zu werden. Die Hoffmann hält einen raschen Abbau des Reparationsstreits für unbedingt notwendig, um das Vertrauen neu zu beleben und das enorme tote Kapital wieder in eine normale Bewegung zu setzen. Die Umbahnung einer französisch-deutschen Entspannungspolitik würde, so hofft man in der Pariser Bankwelt, von einer Linksmehrheit gefördert werden. Man ist der Auffassung, daß sich Laval zur Bildung eines auf die Mittel- und Rechtenparteien gestützten Kabinetts gezwungen sehen wird.

Anschlag auf den japanischen Kaiser

Tokio, 8. Jan. Auf den Kaiser von Japan wurde während seiner Rückfahre von einer militärischen Parade eine Bombe geworfen. Die Bombe plachte neben einem Wagen, der hinter dem des Kaisers fuhr. Es wurde niemand verletzt. Der Täter, ein Koreaner, wurde sofort verhaftet. Er hatte eine zweite Bombe in der Tasche.

Rücktrittsgesuch der japanischen Regierung

Tokio, 8. Jan. Der Ministerpräsident hat die Demission des Kabinetts eingereicht. Das Kabinetts Inukai hatte die Regierung am 13. Dezember vorigen Jahres, also vor knapp einem Monat, übernommen.

Wie verlautet, soll der Grund des Rücktritts des japanischen Kabinetts darin liegen, daß es sich zum Bormwurf macht, daß es den Anschlag gegen den Kaiser nicht habe verhindern können. Sollte das Rücktrittsgesuch des Kabinetts angenommen werden, so wird die Bildung einer nationalen Regierung nicht für unwahrscheinlich gehalten.

Der Anschlag auf den Kaiser von Japan

Tokio, 8. Jan. Wie verlautet, soll die Untersuchung des Anschlages auf den Kaiser von Japan ergeben haben, daß der Urheber von der provisorischen koreanischen Regierung in Shanghai zwei Bomben und 300 Yen erhalten habe. — Der Kaiser hat die Demission des Ministerpräsidenten bisher weder angenommen noch abgelehnt, sondern Inukai lediglich aufgefordert, die Geschäfte bis auf weiteres fortzuführen.

Die Reichspräsidentenfrage noch ungeklärt

Hitler ohne Hugenberg?

Berlin, 8. Januar. Ob die Verhandlungen über die Reichspräsidentenwahl Erfolg haben werden, läßt sich noch nicht übersehen. Hitler hat Berlin vorübergehend verlassen, um noch rechtzeitig in den Wahlkampf in Puppe eingreifen zu können. Es heißt, daß er inzwischen Gelegenheit gehabt hat, mit den Stahlhelmführern Selldie und Dürer-Berg Rücksprache zu nehmen. Hugenberg wird in den späten Abendstunden in der Reichshauptstadt erwartet, um sich mit seinem engeren Stab zu beraten. Eine lose Fühlungnahme zwischen Nationalsozialisten und Deutschnationalen soll bereits stattgefunden haben. Die Unterredung Hitler-Hugenberg, der man in politischen Kreisen mit begreiflicher Spannung entgegenfieht, ist auf Samstagmittag angelegt. Um diese Zeit tritt auch die deutschnationale Fraktion im Reichstag zusammen. Hitler wird von dem Ergebnis seiner Aussprache mit Hugenberg noch im Lauf des Abends den Reichsinnenminister Gröner unterrichten.

Bei den Deutschnationalen machen sich zwei Strömungen bemerkbar. Die eine Gruppe, als deren Exponent der Hindenburg persönlich befreundete Herr von Oldenburg-Januschau gilt, lehnt sich für die Wiederwahl ein, die andere, radikal-albdeutsche, bekämpft sie auf das heftigste. Ueber Hugengbergs persönliche Auffassung ist bisher Authentisches nicht bekannt geworden, doch liegt die Vermutung nahe, daß er weit eher zu den Gegnern als zu den Befürwortern des Plans zählt. Die Frage ist nun, ob es Hitler gelingt, Hugenberg von seiner unbedingten Opposition abzudringen. Die Aussichten sind zweifelhaft. Vom altdeutschen Flügel her wird presspolemisch bereits mit allerhöchster Mitteln gegen die Schaffung einer Einheitsfront für die Verlängerung der Amtszeit Hindenburgs angerannt. Die Hugenberg-Blätter machen sich die Auffassung zu eigen, die der nationalsozialistische Führer Dr. Göttele in Hamburg vertreten hat, und die in die Parole ausmündet: „Fort mit Brüning und Bildung einer nationalen Regierung.“

Die „Kreuzzeitung“ stellt das Regierungsprojekt als den Versuch hin, die Parteien der nationalen Opposition mit einer Mitverantwortung zu belasten, für Dinge, die man allein zu vertreten nicht wagen darf. Es geht in Wahrheit gar nicht um Hindenburg, es geht um Brüning, um die Fortsetzung eines Systems, dem die Nationalsozialisten härtesten Kampf angejagt haben.

Graef-Thüringen zur Präsidentschaftsfrage

München, 9. Januar. Der Vizepräsident des Reichstages, Abg. Graef-Thüringen, sprach sich in einer Rundgebung der Münchener Ortsgruppe der Deutschnationalen Volkspartei gegen eine Verlängerung der Präsidentschaft

Stimson über Deutschlands Recht auf Abrüstung der andern

Washington, 7. Jan. Staatssekretär Stimson erklärte vor dem Finanzausschuss des Repräsentantenhauses, der über die Bewilligung der Kosten für die amerikanische Vertretung auf der Abrüstungskonferenz in Genf berät, die amerikanische Regierung fühle, daß Schritte unternommen werden müssen, um das Programm durchzuführen, das man in Versailles als Richtertatung dafür ausstellte, daß man Deutschland zur Entwaffnung zwänge. Amerika werde in „kühler Weise“ keinen Einfluß diesbezüglich geltend machen. Die amerikanische Vertretung bestehe aus „vernünftigen Friedensfreunden“ und man sollte sie nicht durch Einengung ihrer Vollmachten oder Bescheidung der Mittel in ihrer wichtigen Tätigkeit hindern. Wenn Amerika sich nicht in vollem Umfange an den Beratungen beteilige, so würde das Ziel der Weltabrüstung in weite Ferne gerückt und der Weltfriede der Welt ein unberechenbar schwerer Schlag verfehrt. Amerika habe zwar den Versailler Vertrag nicht bekräftigt, aber zusammen mit den anderen Nationen auf Deutschlands Entwaffnung bestanden. Nun sei es Pflicht Amerikas, dafür zu sorgen, daß auch die Gegenseite endlich ihr Versprechen einhalte und die seit Weltkriegsende bestehende ungewöhnliche Lage eines unentwaffneten Deutschland inmitten schwer bewaffneter Nachbarn beseitigt. Der Finanzausschuss bewilligte die volle angeforderte erste Rate in Höhe von 450 000 Dollars. Der Finanzausschuss des Repräsentantenhauses stimmte ferner dem demokratischen Vorschlag zu, der die Einberufung einer internationalen Konferenz für Abschaffung der Volkstruppen verlangt.

Hindenburgs aus, ohne daß er damit Kritik an der Person des Feldmarschalls üben wolle.

Die Reichstagsfraktionen zur Reichspräsidentenwahl

Berlin, 8. Jan. Die Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei trat heute vormittag zu einer Sitzung zusammen, die sich mit den Verhandlungen der Regierung für eine etwaige Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten v. Hindenburg beschäftigte. Wie das BdZ. erzählt, erklärte der Fraktionsvorsitzende, Abgeordneter Kollrath, unter allgemeiner Zustimmung, die Wirtschaftspartei würde es im außen- und innenpolitischen Interesse des Reiches beartigen, wenn die Bemühungen des Reichspräsidenten in dieser Frage Erlös hätten. Sie wird in ihrem Teile alle Schritte unterstützen, die zu dem Erfolg führen können, daß dem Reich die in der jetzigen kritischen Zeit besonders wertvolle Führung durch den Reichspräsidenten v. Hindenburg erhalten bleibt.

Die Reichstagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei, deren Fraktionsführung für Samstag einberufen ist, wird gleichfalls an den Verhandlungen des Reichspräsidenten in der Reichspräsidentenfrage Stellung nehmen. Der Parteiführer Dr. Hugenberg ist auf dem Wege nach Berlin.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird voraussichtlich in der nächsten Woche eine Sitzung abhalten, in der der Fraktionsvorsitz über die Besprechungen mit dem Reichskanzler berichten wird. Es ist daher damit zu rechnen, daß die Fraktion sich mit einer Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten v. Hindenburg einverstanden erklärt, unter der Voraussetzung, daß daran von anderen Parteien keine Bedingungen geknüpft werden, deren die Reichsregierung zur Erreichung dieses Zieles keine politischen Bindungen anderen Parteien gegenüber eingibt.

Die für Dienstag angeordnete Kabinettsratsitzung wird auf jeden Fall stattfinden. Es ist jedoch möglich, daß in dieser Sitzung noch keine Entscheidung über die Einberufung des Reichstages fällt, weil die Vorverhandlungen über die Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten vielleicht bis dahin noch nicht zum Abschluß gekommen sind.

Die Freiwahlwahlen finden zum verfassungsmäßigen Termin statt
Berlin, 8. Jan. Ein Mitglied der Schriftleitung des Weimarer Telegraphenbüros hat dem Staatssekretär des preussischen Staatsministeriums Dr. Welomann die Frage vorgelegt, wie die preussische Staatsregierung zu den immer wieder auftauchenden Gerüchten stehe, es werde mit dem Gedanken einer Verschiebung der Freiwahlwahlen gespielt. Staatssekretär Dr. Welomann hat hierauf folgende Antwort gegeben: Artikel 13 der preussischen Verfassung lautet: „Der Landtag wird auf 4 Jahre gewählt. Die Neuwahl muß vor dem Ablauf dieser Zeit erfolgen.“ Da der derzeitige preussische Landtag am 20. Mai 1928 gewählt worden ist, so steht fest, daß der neue Landtag vor dem 20. Mai 1932 gewählt werden muß. Die preussische Staatsregierung als Regierung eines demokratischen Staates hat niemals daran gedacht und denkt auch jetzt nicht daran, gegen diese klare Bestimmung der preussischen Verfassung zu verstoßen. Die Wahlen werden zum verfassungsmäßigen Termin stattfinden.

Die Reichspost im Jahre 1931

Berlin, 8. Jan. In dem vorläufigen Rückblick der Deutschen Reichspost auf das Jahr 1931 heißt es: Die anhaltende allgemeine Wirtschaftskrise hat den Verkehr der Deutschen Reichspost im abgelaufenen Jahre immer stärker ungünstig beeinflußt. In allen Verkehrsweigen waren die Verkehrsabfälle rückläufig. Die Postversorgung des flachen Landes durch Kraftwagen wurde ausgebaut. Das Luftpostnetz umfaßte im Sommer 1931 94 Linien in einer Gesamtstrecke von rund 33 000 Kilometern. Im Winter 1931 bis 1932 — November bis Februar — beschleunigt sich das Netz auf 23 Linien. Der Heberjetelegraphenverkehr wurde teilweise verbessert und durch Bereitstellung neuer Leistungen verbessert. Für den Fernsprecherverkehr wurden in vermehrtem Umfang öffentliche Sprechstellen eingerichtet. Der Sprechverkehr mit dem Ausland wurde auf Monaco, die Kanarischen Inseln, Rumänien, Siam, Venezuela und Neuseeland ausgedehnt. Die Gesamtzahl der selbsttätig betriebenen Weimarer Fernämter auf 1860, die Zahl der angeschlossenen Hausanschlüsse auf 1 150 000. — Der Funkverkehr zählt jetzt 30 Funkverbindungen mit dem Ausland. Die Zahl der Funktelefonierender hat um rund 500 000 zugenommen und sich damit der 4. Million genähert. Im Postfachverkehr hat die Zahl der Postfachkunden 1 Million überschritten. Gegenüber dem Vorjahr ergibt sich trotz der Zunahme der Kundenzahl im Umfange ein Verkehrsrückgang von 23 Millionen Buchungen und 18 Milliarden RM.

Dem Verkehrsrückgang entsprechend haben sich auch die Einnahmen der Deutschen Reichspost ungünstig entwickelt; insbesondere zeigte sich seit Oktober ein starker Rückgang gegen das Einnahmefuß des Vorjahres. Soweit sich jetzt übersehen läßt, wird dieser am Schluß des Rechnungsjahres (31. März 1932) etwa 150 Millionen RM. betragen.

Amtliche Bekanntmachungen Verbilligung von Kohle.

Im Rahmen der Winterhilfe stellte die Reichsregierung Mittel zur Verfügung, durch die der hilfsbedürftigen Bevölkerung für die Monate Januar, Februar und März ds. Js. der Bezug von Kohle zu verbilligtem Preise ermöglicht werden soll.

- Empfangsberechtigt sind
 - die Hauptunterstützungsempfänger der Arbeitslosenversicherung und der Krisenfürsorge, soweit Familienzuschläge bezahlt werden,
 - die von der öffentlichen Fürsorge laufend als Hauptunterstützte in offener Fürsorge unterstützten Personen mit eigenem Haushalt,
 - die Empfänger von Zufahrtrenten nach dem RRG, soweit sie ausschließlich auf Rente und Zufahrtrente angewiesen sind und soweit sie eigenen Haushalt führen.

Nicht empfangsberechtigt sind die Bezieher von Kurzarbeiterunterstützung.

2. Die Verbilligung beträgt 30 % je Zentner. Sie beschränkt sich auf 2 Ztr. monatlich.

3. Die Verbilligung erfolgt mittels eines — nicht übertragbaren — Bezugsscheins, der für die Arbeitslosen durch das Arbeitsamt, im übrigen von den Gemeindebehörden auf Ansuchen abgegeben wird.

4. Verbilligte Kohle wird von allen Kohlenhändlern abgegeben, die zur Einlösung der Bezugsscheine bereit sind. Näheres s. Staatsanzeiger vom 2. ds. Mts. Nr. 1.

Ragold, den 7. Januar 1932.

Oberamt:
Saitinger.

Preisschilder und Preisverzeichnisse.

Der Reichskommissar für Preisüberwachung hat angeordnet, daß an Brot- u. Kleingebäck, sowie an Fleischfleisch, soweit diese Lebensmittel in Läden, Schaufenstern auf dem Wochenmarkt oder im Straßenhandel ausgestellt oder angepriesen werden, Preisschilder angebracht werden, aus denen ihr genauer Verkaufspreis ersichtlich ist.

Die Anbringung eines Preisschildes ist nicht erforderlich, wenn die Ware zweifelsfrei bezeichnet in ein Preisverzeichnis aufgenommen ist, das gut sichtbar in Läden und Schaufenstern oder an Verkaufsständen angebracht ist.

Auf den Preisschildern und Preisverzeichnissen ist das Gewicht der verschiedenen Arten von Brot und Kleingebäck, sowie der Preis des Fleisches für ein ganzes Pfund anzugeben.

Friseur (Barbiere, Haarschneider) sind verpflichtet, in ihren Läden, Schaufenstern und Schaukästen gut sichtbar Preisverzeichnisse anzubringen, auf denen die Preise für Kästchen, Frisuren, Haarschneiden, Kopfwäsche, Dauer- u. Wimperwelle ersichtlich sind.

Die Ortspolizeibehörden werden beauftragt, die beteiligten Gewerbetreibenden entsprechend anzukündigen, die Durchführung der Verordnung zu überwachen und nötige Sanktionen unter Anwendung der gesetzlichen Zwangsmittel durchzusetzen (vgl. Staatsanzeiger vom 31. Dezember 1931 Nr. 305).

Ragold, den 7. Januar 1932.

Oberamt: Saitinger.

Stadtgemeinde Calw.

Zu dem am nächsten Mittwoch, den 13. Januar 1932 stattfindenden

Bleib- und Schweinemarkt

ergeht Einladung.

Calw, den 7. Januar 1932.

Bürgermeisteramt: Göhner.

Ragold.

Bieh-Verkauf.

Kommenden Montag von morgens 8 Uhr ab haben wir wieder einen großen, feischen Transport

schöne, trächtige Kalbianen

sowie

junge Rälberkübe

in unseren Stallungen in Ragold zum Verkauf stehen, wozu wir Kauf- und Tauschliebhaber einladen.

Friedrich Rahn & Max Lassar.



Gaigel- und Tappkarten empfiehlt die

W. Rieker'sche Buchhandlung Altansteig.

Gesucht

wird ein gebrauchter

Schindel-Automat

Angebote an die Geschäftsstelle des Blattes.

Turnverein Alterteig

Morgen Sonntag findet im „Grünen Baum“ hier der **Gautag**

des Unt. Schwarzwald-Nagold-gaues statt. Beginn vormittags 10 Uhr.

Heute Samstagabend findet in der „Traube“ ein gemütl. Beisammensein mit unserem Ehren-Gauturnwart Pfommer statt, zu dem die Mitglieder mit Ang h., besonders auch die älteren, freundlichst eingeladen sind.

Saalbau z. Traube, Nagold

Morgen Sonntag, den 10. Januar 1932

große öffentliche **TANZ-**unterhaltung

ausgeführt von der Pforzheimer Tanzkapelle Beck, wozu freundlichst einladet

Christian Leig

Wer sucht Geld?

Darl., Hypoth., Betriebskapital, Baugeld. Der wende sich vertrauensvoll an **Wih. Binder** Dufau b. Calw. Rückporto erb. Kein Barm.

Suche sofort

aus privater Hand **Mk. 500.- bis 1000.-** gegen gute Sicherheit.

Zu erfrogen in der Geschäftsstelle des Blattes.

Reisende

für Privats von bedeutender Wäscheabfertigung gesucht. Reichhaltige Kollektion sämtl. Haushalts- und Küchengeräte. Kostlos. Hoher Verdienst wird

sofort bar

ausgehahlt. Schließfach 256 Plan. u. Bogel.

Kirchliche Nachrichten.

Evangelischer Gottesdienst 1. S. n. Ersch., 10. Januar, Vormittag gottesdienst um 10 Uhr mit Predigt über 2. Tim 3, 14—17, vom Wort Gottes. Lied 107.

Nachher Kindergottesdienst. Nachm. 1/2 Uhr Eucharistiefeier mit dem Söhnen. Nachm. 2 Uhr Gemeinschaftsstunde.

Abends Missionsfilm im Gemeindehaus, um 5 Uhr für Kinder, um 8 Uhr für Erwachsene.

Am Dienstag Abend fällt die Abendstunde aus. Am Mittwoch Abend um 8 Uhr Gemeinschaftsstunde im Luther-saal. Am Freitag Abend 8 Uhr Frauenab. nd.

Methodistengemeinde.

Sonntag, 10. Januar, vormittags 9 1/2 Uhr Predigt. Vormittags 10 1/4 Uhr Sonntagsschule.

Abends 7 1/2 Uhr Predigt. Mittwoch, den 13. Januar, abends 8 Uhr Bibel- und Gebetsversammlung.

Hochdorf OA. Freudenstadt, 8. Januar 1932.

Todes-Anzeige.

Teilnehmenden Verwandten, Freunden und Bekannten machen wir die schmerzliche Mitteilung, daß mein lieber, guter Gatte, unser lieber Vater, Sohn, Bruder und Schwager

Andreas Gauß

Bürgermeister

heute abend um 18 Uhr nach kurzer, schwerer Krankheit im Alter von 48 Jahren unerwartet rasch entschlafen ist.

Um stille Teilnahme bittet im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

die tiefgebeugte Gattin **Marie Gauß geb. Seeger** mit Kindern Marie und Hilde.

Beerdigung Montag nachmittag um 14 Uhr.

Gute Handwerksarbeit, das Werk der Hand, wer braucht sie nicht, wer sie kennt, schätzt sie. Seit Jahrtausenden billt das Handwerk dem Menschen in uneigennützig Weise die Lebensmöglichkeiten zu verbessern und immer neue Kulturgüter zu schaffen. Billt auch Du dem Handwerk durch Erteilen von Aufträgen, daß es über die heutige und noch kommende Notzeit hinwegkommt.

Für alle **Möbel- u. Bauarbeiten** in bekannt guter Ausführung **neue Preise, äußerst billig** bei

Fr. Kohler, Möbelwerkstätte, Altensteig

Eichenschlafzimmer mit kl. Schrank von 425.— RM., mit gr. Schrank von 520.— RM. an. Kleine Wohnzimmer eichen, Büffet 160 cm gr. Auszugstisch 4 Stühle 385.— RM. und noch billiger. Große, schwere Wohn- u. Herrenzimmer, schöne Küchen- u. Einzeilmöbel in jeder Preislage.

Ebhäusen.
Verkaufe eine gewöhnliche, 37 Wochen trächtige **Ralbin**
Bernhard Braun Witwe.

Simmersfeld.
Ein **Einstell-**
Rind
hat zu verkaufen
Johannes Ziefe.

Martinsmoos.
Eine **Schaff-**
Ruh
mit Kalb verkauft
Rita

1 Schwein
ca. 120 Pfund schwer verkauft
Joher, Spielberg.

Altensteig.
Am Sonntag, 10. Januar 1932, wird der **Indienfilm der Basler Mission** „Das Licht scheint in der Finsternis“ (Geschichte des Uebertritts eines Hindumädchens) im **großen Saal des Gemeindehauses** abends um 5 Uhr den Kindern, um 8 Uhr den Erwachsenen vorgeführt. Jedermann ist freundlich dazu eingeladen. Eintritt frei. Opfer zu Gunsten der Basler Mission I. A.: Stadtpfarrer Horlacher

Die Gemeinden beziehen ihre **Umlagebescheide für die Gebäudebrandschadensumlage 1932** von der **W. Rieker'schen Buchdruckerei in Altensteig** welche zu denselben Bedingungen liefert, wie sie von der Gebäudebrandversicherungsanstalt im Staatsanzeiger Nr. 297 aufgestellt sind.

